

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 02.06.2025

Humanitäre Blockade des Gazastreifens beenden

Der barbarische Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 hat uns alle erschüttert. Klar ist, als Bundesrepublik Deutschland haben wir eine besondere Verantwortung für den Staat Israel. Klar ist auch, Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung. Das geht aber mit der Verantwortung einher, selbst das Völkerrecht zu achten und die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes in Gaza zu wahren. Diese Verhältnismäßigkeit ist nicht mehr gegeben. Die SPD ist über die humanitäre Lage im Gazastreifen zutiefst bestürzt. Die israelische Regierung muss unverzüglich den ungehinderten Zugang der Bevölkerung zu Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern gewährleisten. Zugleich muss die Hamas alle verbliebenen Geiseln sofort und bedingungslos freilassen. Die Angriffe der Hamas auf Israel müssen vollständig und dauerhaft enden. Von Gaza darf keine Gefahr für Israel mehr ausgehen. Die Hamas bedroht nicht nur Israel. Ihre zynische Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung im Gazastreifen und zahlreiche zivile Einrichtungen gezielt in Mitleidenschaft zieht, macht klar, dass sie nicht für das Wohl der palästinensischen Bevölkerung eintritt, sondern nur auf den eigenen Machterhalt abzielt. Alle müssen erkennen: Die Hamas hat nie und wird niemals das Ziel eines dauerhaften Friedens in der Region unterstützen. Wir begrüßen, dass erste Demonstrationen der palästinensischen Zivilbevölkerung gegen die Schreckensherrschaft der Hamas stattgefunden haben.

Die katastrophale humanitäre Lage im Gaza-Streifen ist absolut inakzeptabel und muss sofort beendet werden. Hilfskonvois müssen unverzüglich den uneingeschränkten Zugang zu den Menschen in Gaza haben. Die humanitäre Versorgung der Bevölkerung darf nicht an politische oder militärische Bedingungen geknüpft werden. Ein Aushungern der Bevölkerung des Gazastreifens lässt sich unter keinen Umständen rechtfertigen. Den Vereinten Nationen und internationalen humanitären Organisationen muss es möglich sein, unabhängig und unparteiisch ihre Arbeit zu verrichten. Jedes menschliche Opfer ist eines zu viel. Und jedes Leben ist gleich viel wert – ein fundamentaler Grundsatz, zu dem wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus fester Überzeugung stehen.

Wir fordern deshalb eine sofortige Rückkehr zu einer Waffenruhe, die zu einem dauerhaften Waffenstillstand führen sollte. Aus Deutschland gelieferte Rüstungsgüter dürfen nicht für völkerrechtswidrigen Militäraktionen eingesetzt werden. An diesem Grundsatz halten wir fest. Wir begrüßen internationale Bemühungen, die auf eine Überwindung des Krieges in Gaza gerichtet sind. Das gilt in besonderer Weise für die arabische Initiative betreffend einen Wiederaufbau- und Sanierungsplan für Gaza. Der Plan zeigt einen realistischen Weg zum Wiederaufbau Gazas auf und verdient daher breite Unterstützung. Pläne zur Annektierung

palästinensischer Gebiete lehnen wir ebenso wie jegliche Überlegung zu Vertreibungen strikt ab. Es muss zu einem Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel in den palästinensischen Gebieten kommen.

Bemühungen um die Umsetzung einer Zweistaatenlösung stellen die einzige Möglichkeit dar, Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser zu schaffen und langfristige Stabilität in der Region zu gewährleisten. Unser Ziel bleibt die friedliche Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Wir sind der festen Überzeugung, dass nur eine politische Perspektive die Sicherheit Israels dauerhaft sicherstellen kann. Deshalb muss Deutschland hochrangig an der Konferenz der Vereinten Nationen zur Zweistaatenlösung am 18. Juni teilnehmen.